

Volks-Zeitung

hallesche Neueste Nachrichten ♦ handelsblatt für Mittelddeutschland

Das „Volks-Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Preis beträgt 2.00 Reichsmark, der vierteljährliche 5.00 Reichsmark, der halbjährliche 10.00 Reichsmark, der jährliche 18.00 Reichsmark. Die Preise werden nach Kassen-Zellen berechnet; die Zeit 0.25 Reichsmark.

Neues in Kürze.

Drachmedungen und Radiotelegramme.

In der Sitzung der Berliner Gewerkschaften wurde mitgeteilt, daß die Reichsregierung auf einer Durchsicht der Flagenverordnung des Reiches bisher nicht mehr besteht. Unmittelbar nach Pfingsten würden die Vorarbeiten für die Schaffung einer Einheitsflagge aufgenommen, die der Schwarz-Rot-Weiß sein dürfte. (1)

Wie wir erfahren, haben drei sozialistische Organisationen Groß-Berlins sich gegen die Wiedereinführung des Genossen Bauer in die Partei ausgesprochen. Die Angelegenheit wird dem Parteitag unterbreitet mit dem Antrag, Bauer aus der Partei auszuschließen.

Der Reichsausschuß für das Gemeindebestimmungsrecht ließ gestern durch seinen Arbeitsauschuß dem Reichspräsidenten Loebe die Sammlung der Unterschriften für das Gemeindebestimmungsrecht überreichen. Die Sammelbände, die über 2 Millionen Unterschriften enthalten, wurden auf zwei Lastautos zum Reichstag gebracht.

Auf Grund der wiederholten Intervention des Betriebsrats der in Kattowitz verstorbenen Mitglieder des Volksbundes, Abg. Liebermann, beschloß das Gericht, die Betriebsräte, mit Ausnahme des Schulrates a. D. Dabel, gegen eine Sicherstellung auf freien Fuß zu lassen.

Amlich wird mitgeteilt, daß zu dem Volksentscheid über den kommunistischen Antrag auf Freisetzung nur amtliche Stimmzettel Gültigkeit haben.

Der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei wendet sich in einem Aufruf entschieden gegen die kommunistische Forderung der Freisetzung des Volksentscheidungsorgans. Unter Hinweis darauf, daß die sozialdemokratische Sozialistische Regierung den Volksentscheid ablehnt, tritt die Volkspartei für die vom Reichstag bereits angenommene Kompromißvorlage der Regierung ein und verzichtet auf die Forderungen der Kommunisten, daß die Freisetzung nur der Vorsitzler der Aufhebung aller Pensionen und Renten und allen Privatvermögen, mit einem Wort des Kommunismus sei. Mit der Aufwertungfrage, in der die Volkspartei eine weitere Abmilderung verlangt werden und mit der Wiedereinführung der Wagnarchie hat der Volksentscheid nichts zu tun. Die Volkspartei fordert daher zum Fernbleiben von dem Volksentscheid auf.

Wie der Berliner „Börsenkurier“ erzählt, trägt sich die Reichsregierung mit der Absicht, ein Einheitsmonopol für Roggen, vielleicht auch für Weizen vorzuschlagen, wenn die von ihr beantragten Getreidezölle im Reichstag nicht angenommen werden.

Gestern nachmittags wurde der deutsch-österreichische Handelsvertrag unterzeichnet. Der Vertrag wird alsbald veröffentlicht werden.

Wie aus Mailand gemeldet wird, haben die oberitalienischen Handelskammern in ihren Berichten an das Handelsministerium festgestellt, daß die Ausfuhr nach Deutschland wieder den normalen Stand erreicht hat.

Die Londoner „Evening Times“ melden, daß auch das englische Kabinett beschlossen habe, die Truppenstärke im deutschen Besatzungsgebiet im Monat Juni unversändert zu lassen.

Der Abrüstungsausschuß in Genf wird wider Erwarten noch eine weitere Sitzung abhalten, um ein völliges Scheitern der Verhandlungen durch den Gegensatz zwischen der englischen und französischen Gruppe zu vermeiden.

Ein Rundschreiben des Generalkonferenz des Poljismus, Turati, verbietet allen sozialistischen Frauen- und Mädchenvereine, die Uniform des Poljismus, d. h. das schwarze Hemd, zu tragen. Dieses Schwarzhemd sei das Zeichen des Kampfes der Partei und solle daher von den Frauen und Mädchen, die sich der marxistischen Taktik bedienen wollen, nicht getragen werden.

„Arbeiter- und Bauernregierung in Polen!“

Die Forderungen der polnischen Sozialisten.

Die sozialistische Partei veröffentlicht ein Manifest an das arbeitende Volk und fordert darin die Auflösung des Sejm, Neuwahlen, eine Arbeiter- und Bauernregierung unter Pilsudski, Bekämpfung der Regierungsgenerale und polnische Klerikale. Wiederholt wird dabei betont, daß der Kampf noch nicht beendet sei, da in Polen sich die Sozialisten und Nationaldemokraten zu blutiger Rache an der Arbeiterklasse verschrieben hätten. Die wichtigste Forderung des Manifests ist die Auflösung des Sejm. Sofern die Reaktion der jetzigen Sejm zu erhalten suche, werde ihn das Volk zum Rücktritt zwingen, da es seine Fortexistenz nicht dulde.

Die Forderungen der Rechtsparteien.
Vertreter der Rechtsparteien und der Mittelparteien, mit Ausnahme der sozialen Arbeiterpartei, haben aus Polen ein Telegramm an Pilsudski geschickt, in dem die Demobilisierung der Militärabteilungen, der Abtransport der Truppen in die Garnisonen Entlassung der Schützenverbände und Entmündigung aller Personen aus der Regierung gefordert wird, die den Staatsstreik betrorren. Ferner enthält das Telegramm, die polnische Bevölkerung dürfe nicht durch Anordnungen an letzenden militärischen oder zivilen Stellen getrieben werden. Das Blatt meldet weiter, daß der Reichsoffiziersverband in Polen, der sehr kriegerisch gestimmt sei, bei dem Wohnboden die Forderung vorbrachte, daß er sich für die Zeit bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung zum unabhängigen Regierungsoffiziersverband des polnischen Volkes erkläre und die Regierung Pilsudski nicht anerkenne.

Verchiebung der Nationalversammlung.

In Warschau gab gestern eine Konferenz zwischen dem Sejmatschiff Ratai, Warschau Pilsudski und dem Ministerpräsidenten Bartel.

Rote Pfingsten!

Das offizielle Organ der Kommunisten, die „Rote Fahne“ beklagt die Zahl der in Berlin an den kommunistischen Demonstrationen der Pfingsttage Teilnehmenden aus dem Reich auf 200 000. 22 Sonderzüge sind von der Reichsbahn bereitgestellt. Schon seit Jahren herrscht auf den Berliner Bahnhöfen Massenandrang von eintretenden Reisenden mit roten Wägen und dem Sowjetkern.

Die gefürchte Wundstichwunde der Großberliner Betriebsräte befolgt die Pfingstteilnahme der Berliner Arbeiterpartei an den Regierungsfeindlichen Umzügen in der Reichshauptstadt.

Die ausländischen Devisen steigen in Kaufkraft schnell weiter. Die Sowjetkommunisten in Leningrad haben wieder Höchstpreise für Lebensmittel festgesetzt. Die Stadtwaltung hat die Wiederausgabe von Lebensmittelkarten beschlossen, ist aber noch ohne die Genehmigung durch die Moskauer Regierung. Große Unruhe herrscht unter der Arbeiterbevölkerung, da die Staatsbetriebe jede Lohnreduzierung ablehnen.

Das Kabinett der englischen Grubenbesitzer ist einmütig der Regierungserklärung beigetreten, wonach die Löhne der englischen Bergarbeiter nicht weniger als 10 p. h. reduziert werden müssen, wenn eine Arbeit in den Gruben ohne Zuschüsse von Staatsgeldern geleistet werden soll. Die Delegierten der Bergarbeiter haben die Verhandlungen abgebrochen und London verlassen.

Die französische Regierung hat Verhandlungen über Beschallsicherungen der Beamten abgelehnt. Auch der französische Industriellenverband lehnte gestern im Eben einmütig eine Teuerungszulage ab, nachdem die Regierung an Anfrage erklärt hatte, daß der Frankensatz wieder auf seinen Stand vom 1. Mai d. J. gebracht würde.

Der Pariser „Berat“ meldet aus Lissabon: Das imperialistische Gewerkschaftsamt hat der portugiesischen Regierung in Lissabon ultimative Forderungen gestellt. Die Regierung hat daraufhin das Bureau des Syndikats befehlen lassen, ein Gewerkschaftsamt zu veröffentlichen.

fast, in der beschlossen wurde, die Vernehmung der Einladungen für die Nationalversammlung aufzuschieben. Für den Einberufungsort ist eine einmütige Entscheidung nicht gefallen, wenn auch in politischen Kreisen weiterhin mit Warschau als dem vernünftigen Wahlort des neuen Staatspräsidenten geredet wird, zumal sich die Warte entschieden dafür ausspricht.

Die New York Times über Polen.

Die „New York Times“ schreibt: Polen scheint der am wenigsten gefährdeten von den durch den Berliner Vertrag geschaffenen Staaten zu sein. Die Polen nahmen die deutsche Hilfe an, um die russische Herrschaft während des Krieges abzuhalten; nachdem sie von den Deutschen in den Sattel geholt worden waren, nutzten die Polen die Niederlage der Deutschen noch in demselben Jahre aus und führten sich mit Hilfe der Alliierten große Teile des deutschen Gebietes: Ostpreußen, den polnischen Korridor und die sogenannte freie Stadt Danzig.

Weiter bezieht sie im Jahre 1920 die litauische Stadt Wilna, die sie trotz der Bemühungen des Völkerbundes festhalten haben. Das Völkerbundes-Gebiet der Ukraine wurde von polnischen militärischen Streifen durchzogen, deren Tätigkeit in der Verbrennung von Riem gepfeilt. Auch die Tschekoslowakei wurde von Polen mit Krieg wegen Tschechen bedroht.

In der Tat scheint es, daß Polen nicht einen einzigen Nachbarn hat, der nicht Gründe hätte, ihm zu mißtrauen.

Das Blatt schließt: Polen ist natürlich kein Land, das es gewannen werden könnte, eines von dem man trennen gedenken sollte aufzugeben oder seine den Grenzen zurückzugeben.

Bei der großen Berberkung und Bedeutung der „New York Times“ ist die Stellungnahme für Polens Kredit ganz außerordentlich bedeutsam, und für uns durch die indirekte Anerkennung unserer Rechte auf die geraden Gebiete recht zureichend.

Die Lage in Frankreich.

In der durchaus nicht einseitig französischen- und deutschfreundlichen „Kaiser Nationalzeitung“ gibt Ludwig Bauer folgendes Stimmungsbild aus Paris:

Jeder weiß, daß der Juni den Sturz des Kabinets Briand bringen wird, sei es bei der Wahlversammlung oder der Debatte über die Ränge von Vohler und Pilsudski bei der Feier der Jungfrau von Orleans. Wenn noch etwas gefehlt hat, um die französischen Befehlsmengen zu steigern, so war es der polnische Staatsstreik, der die internationalen Realitäten ziemlich unruhig machte. Französische Nation heimlich übertrug.

Unter dem Druck der kontinentalen Verfassung und Amerika und des Währungsaußenverkehrs beginnt das Bewußtsein der Sozialisten in Frankreich sich zu ändern. In Frankreich ist die Lage sehr ernst. Die Arbeiterpartei hat sich in einem verhängnisvollen Wirbel gerissen und fällt in der dritter Parteilosigkeit um Sieg und Frieden betrogen.

Die luxemburgischen Gewerkschaften haben beschlossen, am nächsten Dienstag den Generalstreik zu proklamieren, wenn bis dahin ihre Lohnforderungen nicht bewilligt sind.

Maiglöden und Birkenreifer, Pfingstausflügen der Außenpolitik.

In der Innenpolitik sieht es nachschaffig nicht nach „fröhliche Pfingsten“ und Maiglöden aus, sondern Sturmglöden läuten die Revolutionsmelodie. „Erster Mai, erster Mai“ den ganzen Monat hindurch und in den Sommer hinein. Aber in der Außenpolitik laug jedoch ein freundlicherer Maiglöden, so etwas im Sinne Heinescher Poetik:

„Reise zieht durch mein Gemüt
Liebliches Gelächter.
Klinge, meines Frühlingstied,
Kling hinaus ins Weite!“

Und weil doch nun „Pfingsten, das liebliche fest gekommen“, ist heute einmal dieser freundlicheren Maiglöden geblüht. Das nicht die ganze Betrachtung in diesem Stil heutiger Frühlingstexte weitergeht, ist nicht unsere Schuld, sondern die der hohen Politik und der politischen Bosheit der Menschheit, die aller Vorismus der Pazifisten wohl auch so bald nicht ändern wird.

Gemeint ist mit den „Maiglöden“ natürlich die Abrüstungskonferenz in Genf, an die die Menschheit, d. h. der ihre eigenen schlechten Eigenschaften immer wieder mit so rührender Patriotik vertennende und sich für leibhaftig gemordete Inghuldengel haltende Teil der Menschheit so froh Hoffnungen knüpft.

Die Bedeutung dieser Hoffnungen bleibe ungespürt. Denn jeder sieht ja von ganz allein, daß Englands Weltfriede und Reichtum in derselben Minute zum Barockgold gingen, in dem England abrückte, so wie man Deutschland abgerückt hat, und daß Frankreich mit seinen nur 24 Millionen richtigen Franzosen, von denen nur die Bewohner nördlich der Linie Paris-Lyon weltpolitische Zentrale haben und der Rest in Schach geblieben, mit dem Ausmaß der Schrifung aus noch eine Dreiermacht wäre samt ihrer dann noch sellenden Truppe vor Ägypten, Marokko und Westindien und Westamerika aus dem Banne. Auch Mussolini erzieht keine Schwarzgebirge nicht als „Maffaronis“ — wie die herben Spanier dieses Volk der Spaghettierten spöttlich nennen — und am dolce far niente, zum läßen Nihilismus, sondern mehr zu Rinaldo Kinalindis und zur Camorra.

Als verlieren wir unsere Zeit nicht mit fiktionalen Menschheitsräumen von freiwilliger Abrüstung und vom ewigen Frieden, die je doch in Wirklichkeit werden, sondern denken wir nachdenklich, harte Politik!

Der folge englische Lord Robert Cecil hat befallig mit dem Kopf genickt, als unser Graf Bernstorff in der vorläufigen Schlußsitzung in Genf seine für neudeutsche Diplomatie erstaunlich energische und geschickte Abrüstungsrede hielt. Dieses Kopfnicken könnte — könnte — eine neue Epoche in der Geschichte Europas und Deutschlands einleiten. Denn der hohle nach dem nicht von abgelehnt oder als Missverständnis mit ihm nicht die ganze erlauchte englische Regierung. Und dieses harmlose Nicken könnte eine ähnliche Bedeutung haben wie das Nicken des römischen Cäsar in der Arena der Gladiatoren: es könnte für Frankreich den Todesstoß bedeuten.

Der „höhe“ Paul Boncour, Frankreichs Stellvertretender Generalsekretär, hat dieses Nicken des Lords sehr gut verstanden und in seiner Schlußrede öffentlich Frankreichs feste Militärschwärme und Querspielen ganz fill in dem sehr fallentzweigen Rahmen der französischen Diplomatie verschwinden und nur die vielen Fiktionalen seiner sozialistisch-pazifistischen Aftenjüngermelodie erlingen lassen. Den Franzosen ist unheimlich geworden. Denn Englands ablenkendes Verhalten gegenüber dem französischen Finanzminister Bretet bei den Schulden- und Anleiheverhandlungen in London gegenüber dem Sturz des Franken und jetzt in Genf sieht ganz nach einer Abschwächung Englands von der Kriegsbereitschaft mit Frankreich aus.

Was könnte der Grund dafür sein? Das häßliche englisch-italienische Intrigenpiel in der Türkei im ganzen Orient und Balkan, ja neuerdings auch in Italien (Verdrossen Besuch) genügt als Erklärung nicht, denn England ist an dieses Geschäft gewöhnt und hat es soeben an der gefährlichsten Stelle, in der Türkei, aufweisend mit diesem Erfolg durchgeführt. Die Antwort wird ein ganzes Stück nördlich der Dardanellen zu suchen sein.

England hat soeben in Polen einen wichtigen Sieg errungen: England? — in Polen? — einen Sieg? — Jamohl! die ganze erlauchte Frankreich. In Polen herrschte nämlich heute die Franzosen. Und das wurde den Engländern schmeichelt. Denn die Sozialisten in Polen...

